

GRENZWERTE IM LÄRMSCHUTZ



Woran orientieren wir uns?

Gesetzliche Grundlage für die **Beurteilung der zumutbaren Lärmbelastung** beim Bau von öffentlichen Straßen ist das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG). § 50 BImSchG ist als **Planungsgrundsatz** zu beachten. Hiernach sind bei raumbedeutsamen Planungen schädliche Umwelteinwirkungen auf Gebiete, die dem Wohnen dienen, so weit wie möglich zu vermeiden. Gesetzliche Grundlage für die **Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen** beim Bau von Straßen sind hingegen die §§ 41 und 42 BImSchG in Verbindung mit der „16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“ (16. BImSchV).

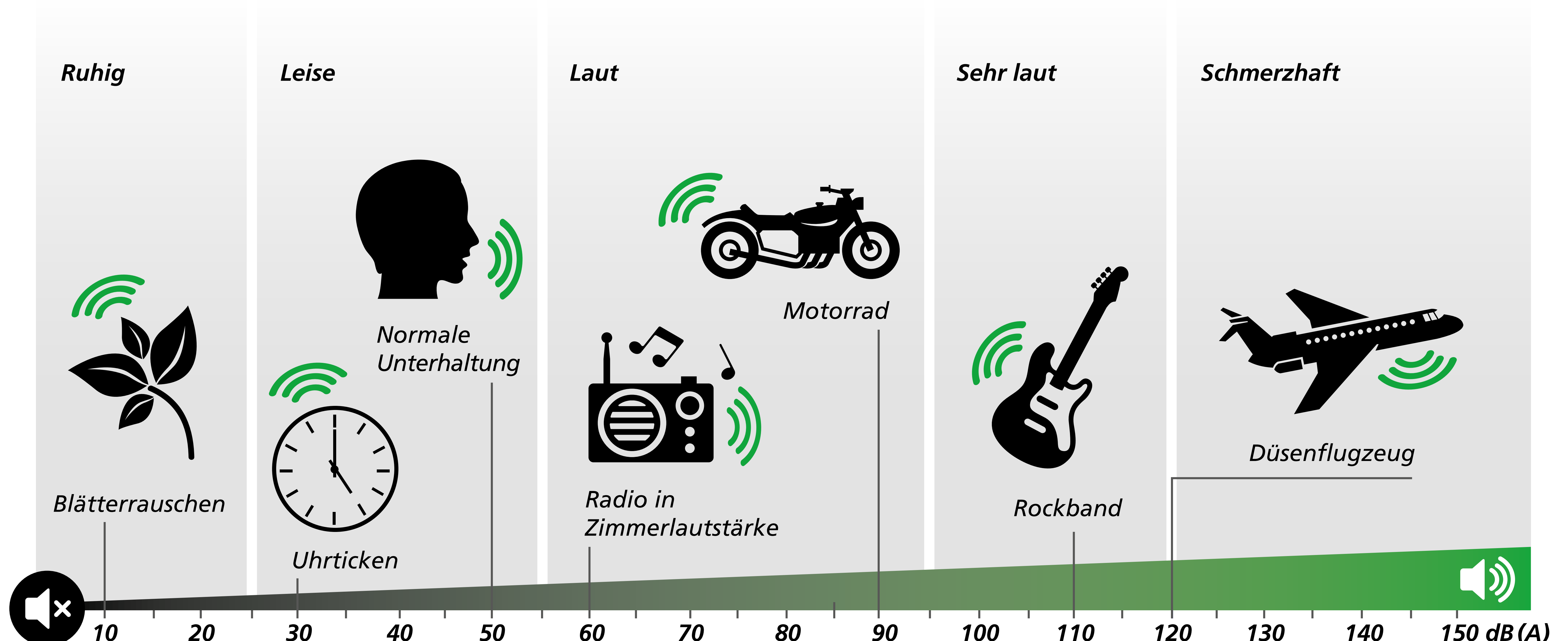
In Rahmen der Entwurfsplanung wurden schallschutztechnische Untersuchungen durchgeführt, die sich nach der 16. BImSchV jedoch nur auf die Neubaustreckenbereiche beziehen. Die so ermittelten Grenzwerte dienen als Grundlage, um nötige Lärmschutzmaßnahmen beim Bau der B 3 Ortsumgehung vorzunehmen.

Nutzungen	Tag in Dezibel	Nacht in Dezibel
Krankenhäuser, Schulen, Kurheime und Altersheime	57	47
Reine und allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete	59	49
Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete und urbane Gebiete	64	54
Gewerbegebiete	69	59

Schalltechnische Grenzwerte für Verkehrslärm nach 16. BImSchV.

Wieso wird der Beurteilungspegel lediglich berechnet und nicht gemessen?

Messungen unterliegen Verkehrsbelastungsschwankungen und Witterungseinflüssen. Dagegen liefern Berechnungen allgemeingültige und vergleichbare Ergebnisse. Zudem ist der Fernstraßenbau noch nicht realisiert worden, eine Lärmmessung ist daher nicht möglich. In der Regel sind durch die ungünstigen Randbedingungen, die bei einer Berechnung berücksichtigt werden, höhere Werte als bei einer Messung zu erwarten.



Haben Sie noch Fragen? Dann wenden Sie sich gern an unsere Experten hier vor Ort, schreiben Sie uns eine E-Mail an poststelle-lg@nlstbv.niedersachsen.de oder rufen Sie uns an: 04131/8305-0

